

Industriestandort oder Industrie stand dort?

Nachrichten über den Jobabbau in traditionellen Industriesparten und die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland konkurrieren mit Zukunftsszenarien zur Industrie 4.0. Welche Perspektiven hat der Industriestandort Österreich?

„**Streichkonzert aus Heidenheim**“ übertitelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 3. Februar ihren Bericht über den Aufsichtsratsbeschluss beim Anlagenbauer Voith zur Streichung von rund 800 Arbeitsplätzen in der Herstellung von Papiermaschinen, davon rund 150 am Traditionsstandort St. Pölten. Fast genau 110 Jahre, nachdem das deutsche Familienunternehmen in der niederösterreichischen Landeshauptstadt seine erste Auslandsniederlassung eröffnet hat, und nur ein Jahr, nachdem bereits Ende 2013 fast 250 Mitarbeiter ihren Job bei Voith Paper verloren haben und konzernweit knapp 1000 Arbeitsplätze in der Papiermaschinenherstellung gestrichen wurden, setzt der Anlagenbauer mit dieser Kündigungswelle erneut den Rotstift an. Das Unternehmen sehe sich gezwungen, mit drastischen Maßnahmen auf schlechte Geschäfte in der Gegenwart und auf schwierige Aufgaben in der Zukunft zu reagieren, so die FAZ.

NEUE HERAUSFORDERUNG INDUSTRIE 4.0

Das Auftragsvolumen für Neuanlagen und große Umbauten in der Papierindustrie habe sich seit 2009/2010 halbiert, ebenso wie das Marktvolumen, wird die Geschäftsführung im Bericht der Wiener Zeitung zitiert. Seit drei Jahren habe Voith keinen Auftrag für eine große Anlage zur Herstellung von grafischen Papieren erhalten – weltweite Überkapazitäten und die dynamisch fortschreitende Digitalisierung führen zu einer Redimensionierung der Märkte für Zeitungs-, Magazin und Kopierpapiere.

Neben St. Pölten schließt Voith Paper auch zwei Standorte in Deutschland und bündelt das Papiermaschinen-geschäft im Stammwerk Heidenheim. Darüber hinaus gäbe es deutliche Signale, dass die Fertigung der Walzen für Papiermaschinen nach Asien verlagert wird, will die NÖN St. Pöltner Zeitung wissen – dort lasse sich nach Voith-Kalkulationen um 20% billiger produzieren. Dazu kommt, so die FAZ, dass sich Voith fit macht für Industrie 4.0: der Konzern wolle sich mit technischen Innovationen energischer als bisher der zunehmenden Vernetzung industrieller Produktion stellen. „Wir stellen uns der Herausforderung, einer der Gestalter der nächsten industriellen Revolution im digitalen Zeitalter zu werden“, zitiert die FAZ Voith-CEO **Hubert Lienhard**.

ENERGIEINTENSIVE INDUSTRIE UNTER DRUCK

Diskussionen über den Stellenwert der energieintensiven Industrie, zu der neben der Papierindustrie auch die Holz-, Mineralöl-, Chemie-, Glas-, Zement- und Metallindustrie zählen, wurden erst im Vorjahr wieder durch neue Erhebungen ange-facht. Unter dem Titel „Volkswirtschaftliche Bedeutung der energieintensiven Industrie Niederösterreichs“ legte die Wirtschaftskammer NÖ eine vom Industriewissenschaftlichen Institut durchgeführte Studie vor. Demnach sind allein in Niederösterreich 26.000 Menschen in diesem Industriebereich beschäftigt und erarbeiten einen Produktionswert von jährlich rund 14,6 Milliarden Euro. Berücksichtigt man neben den direkten Arbeitsplätzen auch indirekte Job-Effekte, kommt die Studie auf 89.500 Stellen, die mit der energieintensiven Industrie in NÖ verbunden sind. „Die Betriebe sind jedoch einem starken Standortdruck ausgesetzt“, so **Thomas Salzer**, geschäftsführender Gesellschafter der Salzer Papier GmbH und Obmann der Sparte Industrie der WKNÖ damals. „Überzogene Ziele schwächen den Standort – Verwaltung, Bürokratie, die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung, sowie die allgemeine Bildungspolitik verursachen eher Be- als Entlastung“, so **Salzer**. Die Studie übte insbesondere auch Kritik an den energierelevanten Kosten, insbesondere für Emissionszertifikate, Ökostrom-aufwendungen und Energiesteuern.



Oliver Dworak ist Unternehmensberater und Public Affairs-Experte. Er verfügt über mehr als zwei Jahrzehnte Erfahrung im industriepolitischen Lobbying auf nationaler und internationaler Ebene.

ENERGIEINTENSIVE RAUS AUS EUROPA?

Hohe Energiepreise seien kein Problem für den Standort Europa, meinte hingegen der Ökonom und Physiker **Karsten Neuhoff**, Klima-Experte am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, in einem Interview mit der Presse (*Die Perspektive prägt Investitionen*, 16.7.2014). Nur acht Prozent der Industrie seien energieintensiv; für diese Bereiche müsse es zwar Maßnahmen geben, die eine Produktionsverlagerung aufgrund der Kosten für Klimaschutzmaßnahmen verhindern, ihre Standortperspektiven seien aber ohnedies vom Gefälle der Energiekosten getrieben – und europäische Gaspreise könnten einfach nicht mit dem US-Schiefergas konkurrieren. Generell sollte aber – so **Neuhoff** weiter – überdacht werden, ob nicht statt energieintensiven Branchen wie der Stahlindustrie, wo Europa ohnehin Nettoexporteur sei, eher Bereiche mit höherer Wertschöpfung ausgebaut werden sollten, etwa die Herstellung energieeffizienter Produkte oder von Technologien für erneuerbare Energie. Die Stahlbranche konterte umgehend, und auch im Online-Leserforum der Presse wurden heftig Pro- und Contra-Meinungen ausgetauscht.

HEIMISCHE WIRTSCHAFT NUR IM ERSTEN GANG UNTERWEGS

In der Zwischenzeit sind unerwartete Entwicklungen eingetreten. Der niedrige Ölpreis wirkt fast wie eine globale Steuersenkung und unterstützt das Wachstum in den ölimportierenden Staaten und dort, wo Energie ein Kostenfaktor ist. Er könnte 2015 der Konjunktur Rückenwind verschaffen. Aber... Konjunktur? Nach 0,3% Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 und zwei Quartalen hintereinander mit Nullwachstum sieht das Wirtschaftsforschungsinstitut erst für das zweite Halbjahr 2015 leichte Besserung und prognostizierte Ende Jänner ein halbes Prozent BIP-Plus für das Gesamtjahr. Das IHS nimmt zwar an, dass die heimische Wirtschaft im Jahr 2015 um 0,8% zulegt, beide Werte liegen aber unter dem Schnitt der Eurozone mit 0,9%. Konsumenten agieren zurückhaltend, die Wirtschaft steht nahezu still, das Land klebt fast an der Nulllinie. Positive Impulse für exportintensive Branchen werden neben dem überraschend tief gefallenem Ölpreis durch den schwachen Euro und das etwas freundlichere Investitionsklima beim wichtigsten Handelspartner Deutschland erwartet. Aber rückläufige Investitionen der Unternehmen in Maschinen und Forschung sind hauptverantwortlich für die schwache Entwicklung der Industrie – und damit sind wir wieder bei Voith, der Papierindustrie und den Perspektiven für den Standort Österreich.

INDUSTRIESTANDORT... ODER INDUSTRIE STAND DORT?

Viele heimische Unternehmen sind nicht nur im Hinblick auf die europa- und weltweite Wirtschaftsentwicklung pessimistisch – sie sind auch mit der nationalen Standortpolitik unzufrieden. Einer Erhebung von Ernst & Young (*Mittelstandsbarometer, Jänner 2015*) zufolge nennen 38% der befragten Manager hohe Rohstoffpreise, 29% hohe Energiepreise und 28% Fachkräftemangel als größte Gefahren für die Entwicklung ihres Unternehmens. 69% sind der Meinung, dass Steuerentlastungen den Mittelstand deutlich stärken würden, 42% nennen in die-

sem Zusammenhang den Bürokratieabbau, 36% die verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung, und 32% die Senkung der Lohnnebenkosten. Stellt sich also die Frage: Welche Politik ist die richtige, damit für Österreich weiterhin der Begriff „Industriestandort“ Gültigkeit hat, und nicht das Wortspiel „Industrie stand dort“? Antwort auf diese Frage soll vor allem die „Leitbetriebe Standortstrategie“ geben, die Wirtschaftsminister **Reinhold Mitterlehner** gemeinsam mit der Industriellenvereinigung und mit dem Input von rund 40 CEOs heimischer Leitbetriebe Ende 2014 vorlegte.

LEITBETRIEBE STANDORTSTRATEGIE

130 Vorschläge für verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Standorte wurden erarbeitet. Leitbetriebe haben eine enorme Bedeutung für den Standort Österreich – sie sind Schrittmacher bei Arbeitsplätzen, Investitionen, Forschungsausgaben und in der Wertschöpfung, und sie tragen mit einer Quote von 85% überdurchschnittlich zur heimischen Exportleistung dar. Bei den Maßnahmenswerpunkten der Standortstrategie finden sich gut bekannte, aber wichtige und gültige Forderungen, wie etwa die nach der Erlassung nationaler Umweltauflagen nur im EU-Gleichklang, die Verwendung der Versteigerungserlöse aus dem Emissionshandel für den Ausbau von CO₂-armen Technologien in energieintensiven Branchen, und die Einhaltung der kaskadischen Nutzung von Biomasse bei zukünftigen Ökostrom-Förderkonzepten. Auch die Wünsche nach einer weiteren Flexibilisierung des Arbeitsrechts, nach modernen Arbeitszeitmodellen, einer Senkung der Lohnnebenkosten, nach einem Kapitalstärkungs- und einem Deregulierungs- und Rechtssicherheitspaket wurden einmal mehr verstärkt. Eine zentrale Stellung nimmt das Thema Industrie 4.0 ein – in der unternehmensübergreifenden Vernetzung von Produktion und Logistik mit Informations- und Kommunikationstechnologien wird die Chance auf innovative Geschäftsmodelle und neue effiziente Arbeitsformen erkannt. Eine landesweite, aber zentral gebündelte Netzwerksinitiative, die Errichtung von Demonstrationsfabriken und zielgenaue Förderanreize sind aus Sicht der Leitbetriebe die wichtigsten Triebfedern.

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Arbeitsübereinkommen aber nicht nur zur Erstellung einer Standortstrategie, sondern auch zur Umsetzung relevanter Maßnahmen bekannt. Neues Öl ins Feuer gießt voestalpine-Chef **Wolfgang Eder**, der am 7.2. im Interview mit der Presse für sein Unternehmen klarstellt: „Wir haben noch drei bis fünf Jahre Zeit, um die Standortentscheidung zu treffen, ob in Europa und Österreich investiert wird oder nicht.“ **Eder** erwartet nach aktueller Rechtslage jährliche CO₂-Kosten von 80 bis 100 Millionen Euro bis 2020. Und wenn dann von der Industrie weitere einseitige Reduktionen der Treibhausgase verlangt werden, „dann sagen wir in Österreich auf Wiedersehen“. Hoch an der Zeit also, das Profil der heimischen Industriepolitik vor allem auch im Sinne der Leitbetriebe weiter zu schärfen. ■ ■ ■